

Stellungnahme

des
Ausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe
vom Mittwoch, dem 10. Oktober 2001 (70. Sitzung)
zum

Gesetzentwurf der Bundesregierung
Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für
das Haushaltsjahr 2002 (Haushaltsgesetz 2002)
- Drucksache 14/6800 -

Einzelplan 05
- Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes -

Der Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe hat einstimmig die aus den Anlagen 1 bis 5 ersichtlichen Empfehlungen für die weiteren Beratungen im Haushaltsausschuss beschlossen.

Mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimme der Fraktion der PDS wird empfohlen, den Titel 68723 des Einzelplans 05 (Anlage 6) auf 28,5 Mio. DM zu erhöhen.

Einstimmig wird empfohlen, die auf Anlage 7 aufgeführten UT folgendermaßen zu erhöhen:

UNICEF auf 10 Mio. DM;

UNHCR auf 10 Mio. DM (wie Anlage 2);

Hilfsprogramm für palästinensische Flüchtlinge auf **6,27 Mio. DM.**

Christa Nickels
Vorsitzende

An den/die
Vorsitzenden
des Haushaltsausschuss
Herrn Adolf Roth (Gießen), MdB

im Hause